



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Klimaschutz, Umwelt und Ordnung am 09.12.2021**

öffentlich

Ort: Kulturtreff
Am Stadion 6
06122 Halle (Saale)

Zeit: 16:02 Uhr bis 17:50 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Alexander Raue	Ausschussvorsitzender, AfD-Stadtratsfraktion Halle
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Steve Mämecke	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Scholtyssek	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Beate Thomann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dörte Jacobi	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Johannes Menke	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
Dr. Silke Burkert	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Yana Mark	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Torsten Doege	Sachkundiger Einwohner
Holger Krause	Sachkundiger Einwohner
Burkhard Lothholz	Sachkundiger Einwohner
Stefan Schulz	Sachkundiger Einwohner
Ronja Tummescheit	Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung

Enrico Sülzenbrück	Stellv. Leiter Abteilung Vollzugsdienst
Steffen Johannemann	Leiter Abteilung Umweltrechtlicher Vollzug
Daniel Zwick	Leiter DLZ Klimaschutz
Norbert Schültke	Leiter Fachbereich Mobilität
Simone Trettin	Leiterin Team Freiraumplanung
Maik Stehle	Stellv. Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Jens Breitengraser	Sachkundiger Einwohner
Torsten Hahnel	Sachkundiger Einwohner
Anne-Marleen Müller-Bahlke	Sachkundige Einwohnerin
Sabine Wolf	Sachkundige Einwohnerin

zu Einwohnerfragestunde

Es gab keine Einwohneranfragen.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung wurde von dem Vorsitzenden, **Herrn Raue**, eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Raue schlug vor, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung zu nehmen:

TOP 5.1.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Open-Air-Kulturveranstaltungen ohne vorherige Anmeldung

Vorlage: VII/2021/03064

→ **Vorschlag: absetzen (im KA vertagt bis 03/22)**

TOP 5.2.1

Änderungsantrag der AfD- Stadtratsfraktion zum Antrag VII/2021/03208 der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Unterstützung der Gastronomie durch die Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung

Vorlage: VII/2021/03271

→ **Vorschlag: absetzen (im KA vom Antragsteller zurückgezogen)**

Des Weiteren wies er auf folgende Änderungen und Ergänzungen hin:

TOP 4.1

Abfallwirtschaftskonzept 2021 für die Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VII/2021/03173

→ **Vorlage wurde modifiziert (Rechtausauffassungen aktulisiert)**

Frau Dr. Burkert erklärte den Antrag ihrer Fraktion unter TOP 5.3 als erledigt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung der geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

2. Feststellung der Tagesordnung
3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

- 3.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 21.10.2021
- 3.2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 11.11.2021
- 4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Abfallwirtschaftskonzept 2021 für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/03173
- 5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Open-Air-Kulturveranstaltungen ohne vorherige Anmeldung
Vorlage: VII/2021/03064 **VERTAGT**
 - 5.2. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Unterstützung der Gastronomie durch die Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung
Vorlage: VII/2021/03208
 - 5.2.1. Änderungsantrag der AfD- Stadtratsfraktion zum Antrag VII/2021/03208 der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Unterstützung der Gastronomie durch die Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung
Vorlage: VII/2021/03271 **ABGESETZT**
 - 5.2.2. Änderungsantrag der AfD- Stadtratsfraktion zum Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Unterstützung der Gastronomie durch die Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung
Vorlage: VII/2021/03512
 - 5.3. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Prüfung der Verbesserung der ÖPNV-Anbindung zum neuen Behördenstandort Scheibe A
Vorlage: VII/2021/03209 **ERLEDIGT**
 - 5.4. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Einrichtung eines Entsiegelungskatasters
Vorlage: VII/2021/03218
- 6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1. Anfrage der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zu Parkplätzen im Unterpflan
Vorlage: VII/2021/03394
- 7. Mitteilungen
- 8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 9. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

zu 3.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 21.10.2021

Es gab keine Anmerkungen zur öffentlichen Niederschrift vom 21. Oktober 2021, sodass diese durch die Ausschussmitglieder bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 3.2 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 11.11.2021

Es gab keine Anmerkungen zur öffentlichen Niederschrift vom 11. November 2021, sodass diese durch die Ausschussmitglieder bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 4 Beschlussvorlagen

**zu 4.1 Abfallwirtschaftskonzept 2021 für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/03173**

Herr Johannemann führte anhand einer Präsentation in die Beschlussvorlage ein.

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Frau Dr. Burkert bedankte sich für die Präsentation. Sie fragte, ob es Ideen gibt, wie Sperrmüll künftig besser beseitigt werden kann und Vermüllungen in den Straßen vermieden wird.

Herr Johannemann antwortete, dass es dafür derzeit keine Lösungen gibt.

Frau Dr. Burkert bedankte sich bei den Mitarbeiter/innen der Hordorfer Straße und lobte die Freundlichkeit.

Herr Johannemann schloss sich dem an und wies sich darauf hin, dass die Stadt Halle (Saale) auf Platz 11 des Gebührenranking gelandet ist. Er lobte die Öffnungszeiten der Wertstoffhöfe.

Herr Aldag bedankte sich für die Präsentation und bat um Stellungnahme bezüglich der unterschiedlichen Inhalte bei der Beschlussvorlage, der Modifizierung und der Präsentation. Er führte als Beispiel das Gebrauchtwarenkaufhaus an.

Herr Johannemann antwortete, dass versehentlich die Entwurfsfassung mit veralteten Rechtsgrundlagen in Session eingestellt wurde. Eine Korrektur erfolgte durch die Modifizierung in Anlage 1. Die Maßnahme Betreiben eines Gebrauchtwarenkauflhauses wurde herausgenommen, da eine Umsetzung durch die Kommune selbst nicht möglich ist.

Herr Aldag sagte, dass ihm konkrete Maßnahmen und Zielzahlen, wie beispielsweise die Verringerung von Müllmengen, im aktuellen Abfallwirtschaftskonzept fehlen. Er verwies auf den vertagten Antrag seiner Fraktion (Zero-Waste). Er bezog sich auf das verstärkte Bioabfallproblem in den Plattenbausiedlungen, da dort vermehrt Bioabfälle in der schwarzen Tonne entsorgt werden und sagte, dass seiner Meinung nach Maßnahmen bei den Verursachern gestartet werden sollten. Er bat darum, dass nach Ende der Debatte die Vorlage nochmals vertagt wird, um dies im Januar 2022 gemeinsam mit dem Antrag seiner Fraktion zu besprechen.

Herr Johannemann wies darauf hin, dass Bioabfälle ein generelles Problem darstellen. Die Entsorgung der Bioabfälle über die Resttonne erfolgt sowohl in den Großwohnanlagen/ Altbaugebieten als auch in den Randgebieten.

Herr Aldag sagte, dass auf Seite 38 zu lesen ist, dass keine kommunalen Entsorgungsmöglichkeiten für Alttextilien existieren. Auf der Webseite der HWS ist zu lesen, dass es 95 Altkleidercontainer gibt. Er fragte, was die HWS damit macht und weshalb es zum Konzept eine solche Diskrepanz gibt.

Herr Johannemann sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Krischok bezog sich auf Seite 32 und fragte, ob für Restmüllsäcke zusätzliche Gebühren anfallen.

Herr Johannemann antwortete, dass für den Kauf der Restmüllsäcke zwischen 2 und 3 Euro Kosten anfallen.

Frau Krischok bezog sich auf Seite 34 und fragte wie die Begrenzung der Bioabfallsäcke funktioniert.

Herr Johannemann antwortete, dass sich die Begrenzung von 7 Säcken auf den Abholungstag beziehen.

Frau Krischok bezog sich auf Seite 39 und fragte, ob derzeit darüber nachgedacht, welche Entsorgungsmöglichkeiten nach 2030 infrage kommen könnten.

Herr Johannemann verneinte dies.

Frau Krischok bezog sich auf Seite 42 und fragte, was konkret unter Marktabfälle zu verstehen ist.

Herr Johannemann sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Krischok fragte nach der Gebühr der Eigenkompostierung. Des Weiteren fragte sie, ob eine Chance der Sanktionierung für die Entsorgung der Bioabfälle in der Resttonne besteht.

Herr Johannemann antwortete, dass die Eigenkompostierung (Kompostanlage) stichprobenartig kontrolliert wird. Eine Möglichkeit bestände durch die Einführung einer Pflichtbioabfalltonne.

Herr Scholtyssek sagte, dass die Einführung einer Pflichtbioabfalltonne in den Randgebieten seiner Meinung nach nicht zielführend ist. Er bat um eine Aussage, wie sich eine Einführung auf die Gebühr auswirkt. Er regte eine Informationskampagne in den Großraumanlagen an.

Herr Johannemann antwortete, dass laut Analyse der Unterschied zwischen Großraumanlagen und Randgebieten bei der Organic nicht besonders groß ist. Ob sich eine zusätzliche Entsorgungstour lohnen würde, müsste gemeinsam mit der HWS eruiert werden.

Frau Jacobi sagte, dass die Beschlussvorlage ihrer Meinung nach nicht abstimmungsfähig ist, sie dient lediglich als Entwurf für Maßnahmen. Sie bedauerte, dass keine messbaren Ziele formuliert wurden. Sie fragte, ob die genannten Waste-Watcher-Stellen schon im Stellenplan vorgemerkt wurden.

Herr Johannemann antwortete, dass es sich um ein Konzept handelt, indem ein Rückblick und eine Analyse sowie einen Ausblick über mögliche Maßnahmen zur Verringerung des Abfallaufkommens zu finden ist. Eine konkrete Zielstellung ist nicht Inhalt eines Konzeptes. Er ist verwundert über die Aussage, dass das Konzept in dieser Art nicht abstimmungswürdig ist und verwies auf andere Konzepte, die durch die Stadtverwaltung vorgelegt wurden.

Die Waste-Watcher-Stellen wurden im Konzept als Vorschlag unterbreitet. Dieses müsste diskutiert werden. Abfallberater sind in der Verwaltung tätig, die zu Problem des Abfallanfalls, Trennung und Entsorgung beraten. Die Mitarbeiter/innen im Team Umweltkontrolle sind im Außendienst tätig und organisieren gemeinsam mit der HWS die Entsorgung.

Herr Krause schloss sich den Vorrednern an und regte an, eine Zusammenfassung mit Veränderungen in das Konzept mit aufzunehmen. Er fragte, ob es Sanktionierung bei der Entsorgung von Bioabfällen in der Resttonne gibt. Er befürwortete eine Vertagung der Beschlussvorlage.

Herr Johannemann bejahte dies.

In Abstimmung mit den Ausschussmitgliedern wurde die Beschlussvorlage vertagt.

Herr Aldag bat um gemeinsame Behandlung der Beschlussvorlage mit dem Antrag seiner Fraktion (Zero-Waste-Konzept).

zu 4.1 Abfallwirtschaftskonzept 2021 für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/03173

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt das Abfallwirtschaftskonzept 2021 für die Stadt Halle (Saale).

zu 5 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 5.2 **Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Unterstützung der Gastronomie durch die Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung**
Vorlage: VII/2021/03208

zu 5.2.2 **Änderungsantrag der AfD- Stadtratsfraktion zum Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Unterstützung der Gastronomie durch die Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung**
Vorlage: VII/2021/03512

Frau Dr. Burkert brachte den Antrag ihrer Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Sülzenbrück stellte sich persönlich vor und merkte an, dass eine Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung im 1. Quartal 2022 vorgelegt wird. Des Weiteren sicherte er zu, dass eine Doppelgebührenerhebung nicht mehr stattfindet.

Herr Raue stellte folgenden Änderungsantrag und begründete diesen:

*Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat bis zum März 2022 einen Beschluss zur Änderung der **Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen in der Stadt Halle (Saale) (Sondernutzungsgebührensatzung) mit folgender Maßgabe** vorzulegen, mit dem künftig in den Zonen für die Außengastronomie nach der Anlage zu § 1 Abs. 1 der Sondernutzungsgebührensatzung der Stadt Halle (Saale) im Falle der Erhebung von Sondernutzungsgebühren für Freisitze (nach Ziffer 3) keine zusätzliche Gebühr für die Nutzung von Markisen (Ziffer 10.1) erhoben wird.*

Der § 9 ist um den Absatz (4) mit folgendem Inhalt zu erweitern:

Sondernutzungsgebühren werden für identische Flächen in dem Umfang nicht erhoben, in dem diese deckungsgleich durch Dächer und Markisen überbaut sind, für die durch den identischen Sondernutzer bereits Sondernutzungsgebühren gemäß der Sondernutzungsgebührensatzung der Stadt Halle entrichtet werden.

Herr Aldag wies darauf hin, dass der Änderungsantrag bereits zurückgezogen wurde.

Herr Raue sagte, dass es sich um einen neuen Änderungsantrag handelt.

Frau Krischok stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung. Des Weiteren merkte sie an, dass es sich um 2 verschiedene Satzungen handelt.

Herr Raue bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrags.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

zu 5.2 **Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Unterstützung der Gastronomie durch die Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung**
Vorlage: VII/2021/03208

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat bis zum ~~Dezember 2024~~ **Februar 2022** einen Beschluss zur Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung vorzulegen, mit dem künftig in den Zonen für die Außengastronomie nach der Anlage zu § 1 Abs. 1 der Sondernutzungsgebührensatzung der Stadt Halle (Saale) im Falle der Erhebung von Sondernutzungsgebühren für Freisitze (nach Ziffer 3) keine zusätzliche Gebühr für die Nutzung von Markisen (Ziffer 10.1) erhoben wird.

**zu 5.2.2 Änderungsantrag der AfD- Stadtratsfraktion zum Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Unterstützung der Gastronomie durch die Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung
Vorlage: VII/2021/03512**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat bis zum März 2022 einen Beschluss zur Änderung der **Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen in der Stadt Halle (Saale)** (Sondernutzungsgebührensatzung) **mit folgender Maßgabe** vorzulegen, mit dem künftig in den Zonen für die Außengastronomie nach der Anlage zu § 1 Abs. 1 der Sondernutzungsgebührensatzung der Stadt Halle (Saale) im Falle der Erhebung von Sondernutzungsgebühren für Freisitze (nach Ziffer 3) keine zusätzliche Gebühr für die Nutzung von Markisen (Ziffer 10.1) erhoben wird.

Der § 9 ist um den Absatz (4) mit folgendem Inhalt zu erweitern:

Sondernutzungsgebühren werden für identische Flächen in dem Umfang nicht erhoben, in dem diese deckungsgleich durch Dächer und Markisen überbaut sind, für die durch den identischen Sondernutzer bereits Sondernutzungsgebühren gemäß der Sondernutzungsgebührensatzung der Stadt Halle entrichtet werden.

**zu 5.4 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Einrichtung eines Entsiegelungskatasters
Vorlage: VII/2021/03218**

Frau Jacobi führte in den Antrag ihrer Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Johannemann sagte, dass die Verwaltung die Ablehnung des Antrags empfiehlt, da er in der derzeitigen Fassung nicht umsetzbar ist. Er verwies auf das Begrünnungskonzept.

Frau Jacobi bezog sich auf das Begrünnungskonzept und schlug eine Datenbank vor, die regelmäßig gepflegt wird.

Herr Johannemann sagte, dass eine Betrachtung privater Grundstücke schwierig ist.

Herr Scholtyssek kann das Ansinnen des Antrags verstehen, dennoch ist eine Umsetzung nicht nötig, da bereits Anreize für private Grundstücke zur Entsiegelung geschaffen wurden. Er regte ein Konzept zur Regenwasserversickerung an.

Frau Jacobi merkte an, dass sich das Begründungskonzept nur auf die Altstadt bezieht. Ihre Fraktion wünscht sich eine Ausweitung. Sie stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Ver- tagung des Antrags.

Es gab keinen Widerspruch.

**zu 5.4 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Einrichtung eines Entsie- gelungskatasters
Vorlage: VII/2021/03218**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum 4. Quartal 2022 ein Entsiegelungskatas- ter einzurichten. Das Kataster bezieht auch Kleinstflächen wie beispielsweise Ver- kehrsinseln, Straßenbegleitstreifen oder Hinterhöfe mit ein.
2. Bis zur Einrichtung des Katasters werden kurzfristig entsiegelbare Flächen identifiziert und dem Stadtrat in der Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ord- nung im Februar 2022 zur Kenntnis gegeben.
3. Bei Versiegelungen im Rahmen von Vorhaben in kommunaler Hoheit soll zukünftig verstärkt auf eine ortsnahe, u.U. auch kleinteilige Kompensation durch Entsiegelung hingewirkt werden. Sollte ein ortsnaher Ausgleich nicht umsetzbar sein, erfolgt die Identifikation von geeigneten Flächen im Entsiegelungskataster unter Zuhilfenahme der Starkregengefahrenkarte (VII/2021/03058), der im Stadtgebiet festgesetzten Überschwemmungsgebiete bzw. der Erkenntnisse aus dem Stadtklimaprojekt.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

**zu 6.1 Anfrage der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zu Parkplätzen im Unterplan
Vorlage: VII/2021/03394**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Baumfällliste

Anmerkung: Die Liste ist in Session hinterlegt.

Herr Aldag bezog sich auf die Protokolle der Baumschutzkommission und bat darum kleine Lagepläne beizufügen. Des Weiteren wies er darauf hin, dass Frau Ruhl-Herpertz hier noch als amtierende Fachbereichsleiterin aufgeführt wird.

Herr Johannemann bestätigte, dass Frau Ruhl-Herpertz immer noch die amtierende Fach- bereichsleiterin ist.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.2 Vorstellung FBL Mobilität

Herr Johannemann stellte Herrn Schülke, den neuen Fachbereichsleiter Mobilität vor.

Herr Schülke stellte sich persönlich vor.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.3 Information zum Universitätsring

Frau Trettin informierte anhand einer Präsentation über den Werdegang zu Fällungen und Ersatzpflanzungen zum Bauvorhaben Universitätsring.

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Frau Jacobi fragte nach der Vorlagennummer des Baubeschlusses.

Frau Trettin sicherte eine Korrektur in der Präsentation zu.

Frau Thomann fragte welche Baumarten gepflanzt werden.

Frau Trettin antwortete, dass folgende Baumarten gepflanzt werden: Acer campestre (Feldahorn), Acer monspessulanum (Französischer Ahorn), Catalpa bignonioides (Trompetenbaum), Carpinus betulus (Hainbuche), Gleditsia triacanthos (Gleditschie), Tilia cordata (Winterlinde).

Herr Aldag bedankte sich für die Präsentation. Er fragte, ob auch Flächen für Stauden geplant sind.

Frau Trettin antwortete, dass aufgrund der Unterhaltungskosten keine Stauden- und Gräserpflanzungen für diesen Bereich vorgesehen sind. Es gibt Überlegungen ein Frühjahrszwiebelband einzuziehen.

Herr Aldag fragte, ob die Öffentlichkeit über die Baumfällungen noch vorab informiert wird.

Frau Trettin antwortete, dass vorab eine Pressemitteilung erfolgen wird.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Frau Krischok zum Weihnachtsmarkt

Frau Krischok stellte eine vorab schriftlich eingereichte Anfrage zum Weihnachtsmarkt:

Lt. MZ hat der Bürgermeister die Kosten für die Einzäunung des Weihnachtsmarktes mit 300° T€ beziffert.

Meine Fragen:

1. Wer hat diese Kosten übernommen?
2. Sind der Stadt, wenn ja in welcher Höhe, im Zusammenhang mit dem Veranstalterwechsel Kosten entstanden?
3. In welcher Höhe hat die Stadt durch Sondernutzungsgebühren (Wintermarkt) Einnahmen generiert und wie fällt der Vergleich zum Jahr 2019 aus?
4. Plant die Stadt für zukünftige Märkte eine Privatisierung?

Herr Johannemann antwortete, dass die Stadt Halle (Saale) nicht Veranstalterin der Veranstaltung „Wintermarkt“ ist und kann deshalb keine Auskunft zur Finanzierung der Veranstaltung geben. Der Stadt sind im Zusammenhang mit dem Veranstalterwechsel keine Kosten entstanden. Die Höhe der Sondernutzungsgebühr richtet sich nach der Marktsatzung der Stadt Halle (Saale) in Verbindung mit der Kooperationsvereinbarung der Stadt mit der City Gemeinschaft Halle e.V. Ein Antrag auf weiteren Gebührenerlass liegt der Stadt vor. Dieser wird derzeit noch geprüft. Die 4. Frage verneinte er.

zu 8.2 Frau Krischok zum Präventionsrat

Frau Krischok fragte nach der Beantwortung ihrer Anfrage aus der Novembersitzung zum Präventionsrat.

Herr Teschner sicherte eine Prüfung zu.

zu 8.3 Frau Dr. Burkert zu Sturmschäden und zum Kreisverkehr Nordstraße

Frau Dr. Burkert berichtete, dass Stürme im Bereich der westlichen Heide, in Richtung Lieskau dazu geführt haben, dass Bäume umgefallen sind und Wege versperren. Sie fragte, ob der Schaden bekannt und schon behoben wurde oder geplant ist.

Des Weiteren berichtete, dass viele Fußgänger und vor allem Kinder den Kreisverkehr Nordstraße/Waldstraße queren. Sie fragte, ob es angedacht ist, einen Fußgängerüberweg zu installieren.

Herr Johannemann antwortete, dass es zahlreiche Schäden aufgrund der vergangenen Stürme in der Heide gibt. Mit der Verkehrssicherung wurde bereits an den verkehrsreichen Grünanlagen begonnen. Die Schäden sind bekannt und werden sukzessiv beseitigt.

Zur 2. Frage antwortete er, dass dort ein Fußgängerüberweg mit einer Verkehrsinsel bereits vorhanden ist.

zu 8.4 Herr Aldag zur Baumschutzsatzung

Herr Aldag bezog sich auf die Baumschutzsatzung und fragte, ob das geplante Gespräch am 17. Dezember 2021 mit den Fraktionen stattfinden wird.

Herr Johannemann sagte, dass laut derzeitiger Terminplanung noch ein halbes Jahr benötigt wird, um eine entsprechende Beschlussfassung dem Stadtrat vorzulegen. Eine inhaltliche Abstimmung erfolgt vorab mit den Fraktionen.

zu 8.5 Herr Krause zur Rudolf-Breitscheid-Straße

Herr Krause berichtete über die hohen Unfallzahlen in der Rudolf-Breitscheid-Straße. Trotz des Vorschlags der Unfallkommission den Radweg zu färben sowie ein Stoppschild und ein Verkehrsspiegel zu installieren, blieb der Kreuzungsbereich ein städtischer Unfallschwerpunkt. Er fragte, wie sich die Zahlen der Verkehrsunfälle an dieser Kreuzung in den letzten Jahren entwickelt haben und welche Maßnahmen die Stadtverwaltung bereits umgesetzt hat, um den Kreuzungsbereich sicherer zu gestalten. Weiterhin fragte er, ob in der Unfallkommission weitere Maßnahmen diesbezüglich abgestimmt wurden, um den Kreuzungsbereich in Zukunft sicherer zu gestalten und wenn ja, welche und wann die Umsetzung dazu erfolgt.

Herr Sülzenbrück sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.6 Frau Jacobi zur Ausschreibung der Fachbereichsleitung Umwelt

Frau Jacobi fragte, wie viele Bewerbungen für die Stellenbesetzung der Fachbereichsleitung Umwelt bei der Stadtverwaltung eingegangen sind und ob die Stelle zeitnah besetzt werden kann.

Herr Johannemann antwortete, dass er zum Bewerbungsverfahren keine Auskunft geben kann.

zu 8.7 Herr Menke zu TOP 6.1

Herr Menke bezog sich auf die Antwort der Verwaltung zu seiner Anfrage zum städtischen Forstamt und fragte, wieso nicht neue Forstarbeiter eingestellt wurden.

Herr Johannemann antwortete, dass Personalstellen nur ausgeschrieben/besetzt werden können, wenn diese im Stellenplan bestätigt sind.

Herr Menke fragte, ob der Bedarf angezeigt wurde.

Herr Johannemann antwortete, dass der Stellenplan zentral erstellt wird.

zu 8.8 Herr Raue zum Winterdienst

Herr Raue fragte, ob die HWS in diesem Jahr für einen plötzlich hereinbrechenden Winter vorbereitet ist. Zudem bezog er sich auf das fehlende Personal und die entsprechende Technik, um die Wege schneller zu räumen und fragte, ob die HWS nachgerüstet hat.

Herr Johannemann antwortete, dass die entsprechenden Verträge für den Winterdienst mit der HWS geschlossen wurden. Er sicherte eine schriftliche Beantwortung zur zweiten Frage zu.

zu 8.9 Herr Lothholz zur Verzögerung von Widersprüchen

Herr Lothholz fragte, ob es aufgrund der Pandemie zu Verzögerungen bei der Bearbeitung von Widersprüchen, beispielsweise beim Umweltamt, kommt und ob bereits Klageverfahren eingereicht wurden.

Herr Sülzenbrück bejahte dies.

zu 8.10 Herr Lothholz zu Demonstrationen

Herr Lothholz bezog sich auf ausschreitende Demonstrationen in anderen Städten und fragte, ob es in Halle Abstimmungen mit der Polizei diesbezüglich gibt.

Herr Sülzenbrück antwortete, dass es regelmäßige Abstimmungen zwischen der Polizei und dem Ordnungsdienst gibt. Auf mögliche Ausschreitungen ist die Stadt Halle (Saale) vorbereitet.

zu 8.11 Frau Dr. Burkert zu Impfzentren

Frau Dr. Burkert fragte, ob der Stadtverwaltung bekannt ist, dass Impfzentren durch sogenannte Querdenker attackiert wurden und ob es Maßnahmen gibt, Impfzentren künftig besser zu schützen.

Herr Sülzenbrück antwortete, dass derzeit keine Fälle bekannt sind.

zu 8.12 Herr Raue zu Anti-Corona-Demonstrationen

Herr Raue fragte, ob Herr Sülzenbrück bestätigen kann, dass die Anti-Corona-Demonstrationen in Halle (Saale) sehr friedlich stattfinden.

Herr Sülzenbrück antwortete, dass er darüber keine Kenntnis hat.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Frau Krischok zu Ehrengrabstätten

Frau Krischok regte an, die vorhandenen Gräber der Ehrenbürger/innen und die neu beschlossenen Ehrengrabstätten auf der halleischen Webseite zu veröffentlichen.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.2 Frau Dr. Burkert zur Umsetzung von 2G

Frau Dr. Burkert berichtete, dass das Einkaufen in Quedlinburg vereinfacht wurde, indem man nach Vorlage des Impfstatus ein farbiges Bändchen erhalten kann und damit das Passieren der Einzelhandelsgeschäfte vereinfacht wird. Sie regte eine Einführung für die Stadt Halle (Saale) an.

Herr Sülzenbrück antwortete, dass es dazu bereits Überlegungen gibt. Ergebnisse stehen noch nicht fest.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

Herr Raue beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Alexander Raue
Ausschussvorsitzender

Maik Stehle
Stellv. Protokollführer